

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnement: monatlich frei Haus 2 RM. (halbjährlich 10 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Abonnementgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-22 / Geschäftsstelle u. Expedition: Postfach 111, Dresden-22 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach 111 Dresden Nr. 16 699, Dresdener Verlagsgesellschaft  
Erscheinung: Dresden-22, Güterbahnhofstr. 2 / Fernschreib. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtschreib. Arbeiterstimme Dresden / Erscheinung der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstags)

3. Jahrgang Dienstag, den 20. September 1927 Nummer 220

## Aufmarsch gegen Hindenburg

Demonstrationsangebot der Berliner KPD an SPD, Reichsbanner und ADBS gegen den Hindenburg-Rummel und die Bürgerblut-Regierung

### Kampf den Imperialisten!

Berlin, 20. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Zu Neujahr veröffentlicht heute ein Schreiben, das die Parteileitung der KPD Berlin-Brandenburg und die Mitglieder des Roten Frontkämpfer-Bundes an den Vorstand des Verbandes der SPD Berlin-Brandenburg, an den Ortsausschuß des ADBS und den Vorstand des Reichsbanners richteten. In dem Schreiben wird diesen Organisationen der Vorschlag unterbreitet, am 2. Oktober die Arbeiterschaft gemeinsam in nächtigen Gegendemonstrationen gegen den Hindenburgrummel aufzurufen. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß Hindenburg am 2. Oktober wie einstmalig Wilhelm II. gefeiert wird und daß die Feiern der Proletarier mit einer Blut militärischer und imperialistischer Phrasen umnebelt werden sollen. Weiter wird das Schreiben darauf hin, daß die deutsche Bourgeoisie mit aller Kraft für einen Krieg gegen Sowjetrußland rüdet, was durch den Tannenbergrummel am Sonntag begünstigt werden soll. Die KPD schlägt deshalb vor:

1. Organisation einer gemeinsamen Demonstration gegen den Bürgerblut.
2. Erfolg eines Aufrufes aller Organisationen, die sich an der Demonstration gegen den Bürgerblut beteiligen, insbesondere auch die Aufforderung an alle Eltern, ihre Kinder nicht zur Spalierbildung für Hindenburg und den Bürgerblut mißbrauchen zu lassen.
3. Verpflichtung der kommunistischen und sozialdemokratischen Fraktionen, in den Stadt- und Bezirksverordnetenparlamenten den wahren Charakter der Hindenburgfeier zu entlarven und zu verhindern, daß die kommunalen Einrichtungen für die Unterstutzung der Hindenburgfeier benutzt werden.

Am Schluß des Schreibens heißt es: „Am 2. Oktober ist es nur eine Wahl: Bei Hindenburg und dem Bürgerblut oder bei dem Aufmarsch der Klassenbewußten Arbeiter.“

Die von der Parteileitung der KPD Berlin-Brandenburg vorgeschlagene gemeinsame Gegendemonstration gegen den Hindenburgrummel und die Bürgerblutfeier ist die notwendige Voraussetzung für die Arbeiterschaft gegen den imperialistischen und den sozialdemokratischen Imperialismus. Die Tannenbergrummel ist die Demonstration der Blutgenerale, Hindenburgs pro-imperialistische Erklärung zur Frage der Kriegsschuld, die Verleu-

zung der Reichsschuld der wilhelminischen Kaiserherrschaft eine ernste Mahnung an die Arbeiterklasse. Hindenburgs Rede und seine Erklärungen schließen die Forderung nach militärischer Ausrüstung der Hindenburg-Republik in sich ein und liegen in der gleichen Linie der Streikmanövern. So zeigt die Tannenbergfeyer, wofür wir nach 8 Jahren deutscher Republik gekommen sind. So stellt sie vor die Arbeiterschaft mit aller Eindringlichkeit die Frage des Kampfes gegen die imperialistisch-imperialistische Kriegsvorbereitung und damit zugleich für den Sturz der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Werden es die sozialdemokratischen Führer nach der Tannenbergdemonstration der Arbeiter und Arbeiterinnen wiederum wagen, dem Drängen der sozialdemokratischen Arbeiter zur gemeinsamen Aktion entgegenzutreten? Werden sie, nachdem die deutschen Imperialisten durch den Generalfeldmarschallspräsidenten der Republik erkläre liegen, daß sie „wieder kämpfen und zu Felde ziehen wollen“, noch länger das Jagdenkommen der einseitigen Abwehrfront verhindern? Sollen sie es dennoch wagen, dann müssen die sozialdemokratischen Arbeiter in dieser Situation, angelehnt der imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, mit den Kommunisten zusammenstehen. Sie dürfen nicht dulden, daß mit dem „Geist von 1914“, der in Tannenberg herausgehoben wurde, die Arbeiter wiederum zum Kanonenhüter eines imperialistischen Krieges gemacht werden. Sie dürfen nicht dulden, daß durch die Sabotage ihrer Führer den Kriegstreibern freie Bahn gegeben wird. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter müssen endlich erkennen, daß höher als die Autorität ihrer Führer ihnen die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes der Arbeiter gegen die Klassenfeinde und die Kriegstreiber stehen muß.

### Die Reichsbannerführer für den Tannenbergrummel

Leipzig, 20. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Leipziger Volkswirtschaft teilt mit, daß der Beschluß des Gauvorsitzes des Reichsbanners in Chemnitz in voriger Woche, die Beteiligung an der Tannenbergsveranstaltung abzulehnen, das höchste Mißfallen der preußischen Regierung und des Magdeburger Landesvorstandes des Reichsbanners hervorgerufen hat. In einer Sitzung des Gauvorsitzes des Reichsbanners, in der als Vertreter der preußischen Regierung der demokratische Oberpräsident der Provinz Preußen, Siehr, und ein Bevollmächtigter des Magdeburger Landesvorstandes teilnahmen, wurde der Beschluß unterbreitet, den Gauvorsitz umzustimmen und zur Teilnahme an der nationalsozialistischen Veranstaltung zu bewegen.

### Um den Zwischenlohntarif

Zur Lohnfrage in der Dresdener Metallindustrie

Dresden, 20. September.

Der Beschluß der Betriebsrätevollversammlung der Dresdener Metallarbeiter hat in den Betrieben lebhaftes Echo gefunden. Mit der fortschreitenden Aufwärtsbewegung des Preisniveaus und der damit verbundenen Senkung der Reallohne wächst die Unzufriedenheit mit der geltenden, bis Ende März 1928 unfindbaren Lohnregulierung. Trotz der verhältnismäßig günstigen Konjunktur, die nach dem Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung besonders in der Metallindustrie in Erscheinung tritt, sollen sich die Metallarbeiter noch ein halbes Jahr mit dem Hungerlohn abfinden. Den Gewerkschaften ist es in den letzten 6 Monaten fast nirgends gelungen, wesentliche Lohnsteigerungen durchzusetzen. Im Gegenteil: selbst das Statistische Reichsamt, von dem wohl ganz bestimmt nicht gesagt werden kann, daß es im Interesse der Arbeiter gefärbte Berichte veröffentlicht, muß feststellen, daß das durchschnittliche Arbeiterlohn im Jahr 1927 nur ganz minimal, um 1-2 Prozent, gestiegen, und im Juni gegen den Juli 1926 um 10 Prozent gesunken ist. Diese Feststellung wird durch Zahlenmaterial erhärtet, nach dem das durchschnittliche Einkommen der Arbeiter sich im Jahre 1927 wie folgt gestaltete:

	Reichsgebiet	Industriegebiet
Januar	93,70	100,—
Februar	96,50	104,44
März	97,50	104,00
April	98,50	105,03
Mai	99,71	102,16
Juni	92,72	97,88

Der rapiden Aufwärtsbewegung der Löhne, die am stärksten in den Industriebezirken in Erscheinung tritt, steht eine am 1. Juli ermittelte Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber. Das Statistische Reichsamt bezeichnet eine Verteuerung der „Ernährungslohn“ von 150,8 im Mai auf 156,8 im Juli. Zur gleichen Zeit ist der Gesamtlebenshaltungskoeffizient von 146,4 im April auf 148,5 im Mai und 150,0 im Juli in die Höhe geschossen. Nach krafter liegen die Dinge beim Grobhandelsindex für industrielle Fertigwaren, der eine Erhöhung von 142,0 im März auf 149,3 am 31. August d. J. aufweist. Die Tendenz der Entwicklung des letzten halben Jahres zeigt also bei aufsteigenden Lebenshaltungskosten eine rapide Senkung der Löhne, die durch die bevorstehende Weltkrisis und durch die erfahrungsgemäß mit der kälteren Jahreszeit weiter ansteigenden Preise noch mehr an ihrer Kaufkraft verlieren und somit die Lage der Arbeiter untragbar verschärfen. Hungerlöhne und Teuerung bei anhaltend günstiger Wirtschaftslage, die die Nachfrage nach Arbeitskräften anwachsen ließ und den Prozentlohn der vollbeschäftigten Gewerkschaftsmitglieder von 77 Prozent im Januar auf 92 Prozent im Juli erhöhte, das ist das wichtigste Merkmal der Lage. Während die für die Kapitalisten über alle Erwartungen günstigen Ergebnisse der Rationalisierung Kleinstgewinn abwerfen, kennzeichnet das beständige Sinken der Reallohne die unverminderte Fortdauer der sozialen Krise als das Rationalisierungsergebnis für die Arbeiter.

Sollen in dieser Situation die Arbeiter den langfristig abgeschlossenen Tarifverträgen „Treue“ bewahren? Sollen sie nicht trotz des Bestehens des Tarifvertrages die gute Konjunktur benutzen, um entsprechende Lohnverbesserungen durchzusetzen? Beweisen nicht die Unternehmer täglich, daß sie trotz laufender Tarifverträge bei schwindender Lohnführungen, Antriebsloren, Kürzungen der Akkordsätze, Betriebsstilllegungen, aufgeschobenen, — wird der Lohnvertrag nicht durch die oben aufgelegte, von den Kapitalisten betriebene Preissteigerung zur Erhöhung ihrer Profite rate selbst aufgehoben? Gegenüber diesen Unternehmerräuberinnen „Tariftreue“ zu wahren, Rücksicht auf die Profite der Monopolkapitalisten zu nehmen, bedeutet den Verzicht auf die Wahrnehmung der proletarischen Klasseninteressen. Die unbedingte Tariftreue zu halten, — nach Auffassung bürgerlicher „Rechtsmoral“ einen langfristige abgeschlossenen Vertrag auch dann noch einzuhalten, wenn die beim Abschluß des Vertrages gegebenen Verhältnisse sich verärrt verändert haben, das ist dem Fortbestand des Vertrages eine Schädigung der Arbeiterklasse eintritt, — bedeutet das

## Was der „Ketter“ dem deutschen Volke kostet

Der Reichspräsident selbst bezieht ein Gehalt von 120 000 Mark, dazu Aufwandsentschädigungen von 120 000 Mark, zusammen 240 000 Mark. Ebert, der die Sache sich auch nicht billig machte, begnügte sich 1924 immerhin mit 120 000 Mark an Gehalt und Aufwandsentschädigung, also fast den gleichen Teil. Hier hat man also wahrscheinlich die vierfache Steigerung des Lohnes der Arbeiter seit 1924 zum Maßstab der Reichspräsidenten Gehälter genommen!

„Ketter“ ist als Wohltäter der verachteten nationalen Verlogen und Institutionen aufzuführen kann, werden von Steuergebern außerdem 75 000 Mark zur Verfügung gestellt. Der Sozialdemokrat Ebert mußte sich 1924 mit 15 000 Mark begnügen. Außerdem sind im Etat des Reichsfinanzministeriums nach 3½ Millionen untergebracht, über die gleichfalls Verfügung verfügt, und zwar „zur Unterstützung an ehemalige Reichspräsidenten und deren Hinterbliebenen, sowie zu sonstigen Anlässen und einmaligen Zuwendungen“. Also die deutschen Korruptionsgelder Hindenburgs betragen 3½ Millionen plus 75 000 plus 120 000 Mark, und dazu ein Gehalt von 120 000 Mark, das Gehalt ist allein das Jahres Einkommen der Reichspräsidenten! Die Korruptionsgelder, die dem Reichspräsidenten zur Verfügung stehen, sind allerdings unter der Leitung des Bürgerbluts, sondern die Sozialdemokraten haben das eingeführt. Allerdings mußte sich Ebert 1924 mit 15 000 Mark begnügen, die im Reichsfinanzetat für ihn ausgeworfen waren. Auch die Erhöhung haben die Sozialdemokraten angeordnet, denn bereits 1925 bekam Ebert 24 Millionen Mark.

Der Haushalt des Reichspräsidenten, also die Kosten für die ganze Sippe, die um ihn herumpringselt, beträgt 560 000 Mark — über eine halbe Million! Das Bureau allein besteht aus 150 Mann, hochbezahlten Beamten, mit einem Ministerialrat an der Spitze. Für Hilfsleistungen für Beamte

werden 33 400 Mark angefordert, für Hilfsleistungen durch nicht-beamtete Kräfte 58 890 Mark. Die Unterhaltung der Dienstgebäude beansprucht 25 000 Mark jährlich. Ebert mußte sich hier mit 6000 Mark 1924 begnügen. Außerdem hat Hindenburg es nicht verschmäht, die Reiterwirtschaft so weit zu treiben, daß er nach seiner Ernennung zum Präsidenten auch seine Verwandtschaft an die Futterkrippe herantommen ließ. So ist bekannt, daß sein persönlicher Adjutant, der aus Steuergroßgeldern bezahlt wird, sein eigener Sohn, der Major a. D. von Hindenburg, ist. Der „Ketter“ hat sich und seine Familie allerdings „gezweigt“. Der Arbeiter nennt das „gesund kochen“. Dazu soll noch von den Großen der alten Soldaten das Stammschloß derer von Venedersdorf und Hindenburg-Reudes bei Deutsch-Ceslau gekauft und Hindenburg als „Morgengabe auf den Geburtsstagsfest gelegt“ werden.

Was in allem kostet uns der „Ketter“ jährlich circa 4¼ Millionen Mark. Die Sozialdemokraten haben das dem „Ketter“ auch brav im Reichstag mitbewilligt mit der Begründung: „Die Kosten für den Reichspräsidenten sind zwar erheblichen, erheblich gestiegen, sie bleiben aber immer noch weit zurück hinter den Aufwendungen für die früheren Monarchen.“

Das alles gibt es am 2. Oktober nicht zu vergessen!

### Das Wüten der Standgerichte

Roma, 20. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Wie das italoische Kriegsministerium mitteilt, verhandelt das militärische Kriegsgericht in Lanzoogon erneut gegen 22 Personen, die an dem Aufstandsbewegungen beteiligt waren. 8 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, 9 zu lebenslänglicher Zuchthaus und 5 zu 3 bis 20 Jahren Zuchthaus. Der Hauptangeklagte wurde sofort handrechtlich erschossen.

A  
Artikel  
ter  
hler  
ndjacken  
Antel  
Breslau Str. 18  
28114  
Körner  
24  
28119  
Die  
Schuhe von bei  
oben Carl  
28121  
er  
ndlung  
Ruf 29 948  
28121  
ohnen, 100  
gephänom  
f  
28121  
cht  
L. 2a  
28120  
holm  
L-Bürger  
28121  
ollen  
in Dresde  
28121  
haus  
mann  
der  
waren  
6  
28121  
er  
waren  
28121  
Bstraße 18  
28121  
SSR, 14  
28121  
str. 52  
28121  
KSD, 28  
28121  
13  
28121  
str. 4  
28124  
str. 26  
28123  
str. 14  
28142  
rabe 28  
28179  
he 56  
28180  
Keymer  
Str. 31  
28181  
he 27  
28182  
mer Str. 3  
28183  
he 58  
28184  
nigung  
28185